



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

40. Sitzung (öffentlich)

21. Mai 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:10 Uhr bis 13:15 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Offene Softwarelösungen für den Mathematikunterricht als Alternative zu Edeltaschenrechnern prüfen und erproben **5**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4813

Ausschussprotokoll 16/494

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Nach eingehender Aussprache wird der Antrag der PIRATEN mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der PIRATEN bei Enthaltung von CDU und FDP abgelehnt. Die Schlussberatung erfolgt im Plenum.

2 Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und weiterer Gesetze 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5293

Ausschussprotokoll 16/533

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss kommt überein, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend zu verzichten.

3 Sozialarbeitern in Schulen den Rücken stärken und Präventionsketten erhalten 15

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5289

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss lehnt nach eingehender Diskussion den Antrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen SPD, CDU und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP und der PIRATEN ab.

Änderung des Sitzungsverlaufs 21

Der Ausschuss kommt an dieser Stelle der Sitzung aus Zeitgründen überein, die Punkte 4, 6, 7 und 10 vorzuziehen und die Punkte 5, 8 und 9 bei Aufruf gegebenenfalls zu schieben.

4 Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskolleg (APO-BK) und der Externen-Prüfungsordnung Berufskolleg (PO-Externe-BK) 22

Vorlage 16/1883

Der Ausschuss spricht sich mit den Stimmen aller Fraktionen für die Verordnung aus.

6 Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5751

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf für den 25.06.2014. Die abschließende Beratung findet vorbehaltlich der Genehmigung der Präsidentin am 2. Juli 2014 vor der Plenarsitzung zusammen mit dem mitberatenden Ausschuss für Kommunalpolitik statt. Nach aktueller Planung soll dann selben Tag auch die Beratung im Plenum erfolgen.

7 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz 24

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5545

Der Ausschuss kommt überein, keine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen und am 25. Juni 2014 die abschließende Beratung durchzuführen.

10 Freizügigkeit klug gestalten: Schlepperbanden und Missbrauch bekämpfen 25

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5489

In Verbindung mit:

Freizügigkeit klug gestalten: Not sehen, wirksam helfen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5490

Der Ausschuss kommt überein, sich an der für den 18. Juni 2014 geplanten Anhörung zu beiden Anträgen nachrichtlich zu beteiligen.

5 Reisekostenerstattung für Lehrerinnen und Lehrer bei Schulfahrten 26

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1899

Der Ausschuss schiebt den Punkt auf Bitten der Fraktion der
PIRATEN auf die nächste Sitzung.

**8 Transparenz bei der Qualitätsanalyse an Schulen herstellen – Quali-
tätsberichte zukünftig verbindlich veröffentlichen und endlich neuen
Bericht zur landesweiten Qualitätsanalyse vorlegen 27**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5756

Der Ausschuss kommt aus Zeitgründen überein, den Punkt
in der nächsten Ausschusssitzung zu behandeln.

**9 Jokertage – ein Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Fa-
milienleben und Schule 28**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5746

Der Ausschuss kommt aus Zeitgründen überein, diesen
Punkt ebenfalls in der nächsten Ausschusssitzung zu be-
handeln.

Nach Abhandlung der Tagesordnung 29

6 Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5751

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer schickt voraus, zwischenzeitlich habe man sich in der Obleuterunde auf eine Anhörung am 25.06.2014 verständigt. Die abschließende Beratung solle dann zusammen mit dem Ausschuss für Kommunalpolitik am 2. Juli 2014 vor der Plenarsitzung erfolgen.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf für den 25.06.2014. Die abschließende Beratung findet vorbehaltlich der Genehmigung der Präsidentin am 2. Juli 2014 vor der Plenarsitzung zusammen mit dem mitberatenden Ausschuss für Kommunalpolitik statt. Nach aktueller Planung soll dann selben Tag auch die Beratung im Plenum erfolgen.

